Wiener Rathaus-Correspondenz.
I. Magistrat Rathaus. Tel. 21.360.
Verantw. u. Herausg. Redakteur: R. Fogl.
19. Jahrg., Wien, Dienstag, 23. November 1909.

Wiener Stadtrat.

Sitzung vom 23. November 1909.

Vorsitzende: V. B. F. Neumayer, F. Porzer und Gierlinger.

M.R. Gottbaur beantragt die Bewilligung von 3085 Kronen für die Beschaffung der inneren Einrichtung der Feuerwachstation Neubau. (Ang.)

M.R. Hölzl beantragt im Hinblick das Kindergartengebäude 19. Bezirk Obkirchergasse 8 eine Gedenktafel mit folgender Inschrift anzubringen: „Die Gründung dieses Kaiser Franz Josef Kindergartens wurde von der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling anläßlich des 40 jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaiser Franz Josef I. beschlossen. Die Eröffnung fand am 2. Dezember 1888 statt." (Ang.)

In Abteilung der Liegenschaft C.Z. 21 in Heiligenstadt an der Grinzingerstraße auf 4 Baustellen wird bewilligt.

M.R. Tomola beantragt, zu der vom Bezirksschulrate vorgeschlagenen Bezeichnung der Unterrichtsabteilung für schwachsinnige Kinder in Wien als „Hilfsschule für schwachbefähigte Kinder" an der allgemeinen Volksschule" schule 18. Bez. Anastasius Grüngasse 10 die Zustimmung zu erteilen, ferner die übrigen 3 Bezirksschulen in Wien folgendermaßen zu benennen: „Taubstummenabteilung" an der allgemeinen Volksschule in Wien 9. Bez. Lauriskgasse 2, bezw. 15. Bez. Zinckgasse 12 und 14 und „Blindenabteilung" an der allgemeinen Volksschule in Wien 16. Bez. Koppstallergasse 38. (Ang.)

Der Ankauf der 3. Auflage des Werkes „Landerkunde von Niederösterreich" von Christian Rothe in 171 Exemplaren für die Bibliotheken jener Volks- und Bürgerschulen, welche noch nicht im Besitze dieses Werkes sind, wird genehmigt.

M.R. Tomola beantragt die Genehmigung des von der Jugendschriften-Prüfungskommission des Bezirksschulrates verfaßten Verzeichnisses empfehlenswerter Jugendschriften in einer Auflage von 50.000 Exemplaren zu genehmigen. (Ang.)

An die Leiterinnen der öffentlichen Kindergärten der Gemeinde Wien werden für die Veranstaltung von Weihnachtsbeihilfen im Dezember 1909 Beträge in der Gesamthöhe von 5210 K bewilligt.

Der Ankauf des Werkes „Grundriß der Psychiatrie" von Dr. Heinrich Schloß in je 2 Exemplaren für die Bezirkslehrerbibliotheken (zusammen 30 Exemplare) wird genehmigt.

Zum Ankauf der Parzellen 337 u. 338 in Neusiedl a. W. im 18. Bezirk im Ausmaße von zusammen 2126 m² um 5200 K für den Wald- u. Wiesengürtel wird zugestimmt.

Der Ankauf des Werkes „Albrecht Dürer" von Dr. Friedrich Pecht für die Lehrerbibliotheken der Bürgerschulen wird genehmigt.

M.R. Dr. Porzer beantragt den Ankauf der Moosgrundstücke 966 u. 968 in Floridsdorf nächst Strebersdorf im Gesamtausmaße von 21595 m² für Zwecke der Strebersdorfer Torfstreu- u. Torfmullfabrik um 2100 K. (Ang.)

Der Verwaltungsbericht des Magistrates über die Subventionen.

Anläßlich der Bewilligung einer Anzahl von Subventionen stellte M.R. Goß folgenden Antrag: Der Magistrat wird beauftragt, dem Vorsitzenden bei der Fertigstellung des Finanzausschußberichtes, zuzuleiten der Subventionsbewilligung, zu bedenken: das Erfordernis für Subventionen steigt jährlich von Jahr zu Jahr in bedenklicher Weise. Die Gemeinde ist auf die Dauer nicht in der Lage, den stets wachsenden Ansprüchen der Vereine Rechnung zu tragen. Im laufenden Jahre wurde mit Rücksicht darauf, daß die meisten Vereinsjahre bereits schon unter der Voraussetzung der Bewilligung der Subventionen festgesetzt haben, von einer grundsätzlichen Behandlung der Angelegenheit abgesehen. Jedoch werden die Vereine bei Zeiten aufmerksam gemacht, daß in Hinkunft die Bemessung der Subventionen nicht nur nach den Leistungen der Vereine, sondern insbesondere nach deren Vermögensstand erfolgen wird. Die Subventionen sollen jedoch als Anerkennung für das Wirken gewährt werden, sie darf aber nicht dazu dienen, daß das Stammkapital vermehrt oder die Anspannung der Privattätigkeit weniger erfolgt, als es bisher der Fall war, sondern sie hauptsächlich zur Deckung außerordentlicher Abgänge dienen oder einen verhältnismäßigen Teil der Ausgaben für humanitäre Zwecke oder Mitbewerbung in einem Jahre zu entlasten. Es ist zu hoffen, daß der Verein in Hinkunft keine Subventionen mehr erhält, falls die in den finanziellen Verhältnissen der Vereine gelegenen Voraussetzungen für eine Subventionsgewährung nicht mehr gegeben sein werden.

Der Rechnungsabschluß der Gemeinde Wien.

M.R. Goß berichtet in der heutigen Vorsitzung über den Stadtrechnungs-

Abschluß der Gemeinde Wien sowie die Rechnungs-Abschlüsse der Wiener städt. Lehrerpensionskasse des Wiener Bürgerspitalfonds, des Bürgerlaboratoriums der Gemeinde Wien, des Wiener allgemeinen Versorgungsfonds, des Josefinen-Spital-Stiftungsfonds, des Geriatrischen Stiftungsfonds, des Kaiserin Elisabeth-Kinderspitales in Bad Ischl und der Investitions-Anlehen vom Jahre 1902 und 1908 für das Verwaltungsjahr 1908 und stellt den Antrag, den Rechnungsabschluß über die Einnahmen und die Ausgaben der Gemeinde Wien sowie die übrigen genannten Rechnungsabschlüsse zu genehmigen. Zur formellen Behandlung der noch nicht genehmigten Mehrausgaben: bei den eigenen Geldern der Gemeinde im Betrage von K 104.837·80, beim Bürgerspitalfonds K 3.857·46, beim Bürgerlaboratorium K 4.633·88, beim allg. Versorgungsfonds K 2.029·67, beim Kaiserin Elisabeth-Kinderspital in Bad Ischl K 8.417·96 werden die erforderlichen Ergänzungskredite bewilligt. Die Kapitalisierung der verfügbaren Kassenreste des Josefinen-Spital- und des Geriatrischen Stiftungsfonds wird genehmigt.

Die Anträge werden genehmigt.

Nördliche Hallengymnasiumerweiterung. Von heute angefangen verkehren vom Bürgerspitalgebäude nach Schluß der Vorstellung Hallenwagen über den Stephansplatz einerseits über die Alserstraße nach Gernalb, andererseits durch die Währinger Straße nach Döbling. Die Wagen haben ihren Standplatz in dem Gäßchen zwischen dem Chortor und dem vis à vis befindlichen Kassenhäuschen.

Der Wohnwert der städtischen Beamten. Im Anschluß an das Vorgehen des Gemeinderatsbeschlusses haben jene städtischen Beamten, welche ihren ständigen Wohnsitz außerhalb Wiens haben, ihre Gesuche um Genehmigung dieses Umstandes im Dienstwege bei der Magistrats-, bezw. Stadtbuchhaltungs-Direktion vorzubringen. Der Vorstand des Vereines der Beamten der Stadt Wien ist der Auffassung, daß dieser Gemeinderatsbeschluß für die bereits im Dienste der Gemeinde Wien stehenden Beamten, eine unzulässige, weil einseitige Änderung des von ihnen durch Annahme der zur Zeit ihres Eintrittes bestandenen Dienstpragmatik geschlossenen Dienstvertrages darstelle und daß deshalb die in Rede stehenden Gesuche im eigenen Interesse der Beamtenschaft nur unter Anbringung einer Rechtsverwahrung einzubringen wären. Der Vorstand schlägt daher in einem Rundschreiben an seine Mitglieder vor, daß sämtliche von dem erwähnten Gemeinderatsbeschlusse betroffenen Beamten, welche zur Zeit der Fassung des Gemeinderatsbeschlusses bereits definitiv im Dienste der Gemeinde standen, eine einheitliche Form einer solchen Rechtsverwahrung wählen, welche als Einleitung des bezüglichen Ansuchens gedacht ist und auszufüllen eine bestimmte Fassung als die zweckmäßige, von welcher daher allgemein Gebrauch gemacht werden soll.

Diplome für Armenräte. Der Vorstand hat nach einem Vorschlage des R. R. Rain das Diplom für mehr als 10 jährige Ausübung des Armenratsmandates im 8. Bezirke an nachstehende Armenräte verliehen: Franz Antenstainer, Ludwig Aichinger, Rudolf Bierock, Johann Heidinger, Gustav Lack, Karl Schneider, Alois Landtz, Ferdinand Jaffal, Josef Ringer, Heinrich Schubert, August Bergender, Anton Kamecek, Johann Bergender, Franz Seidl, Gottfried Schister und Jakob Bedrak.

Beim Gemeindevermittlungsamte Marxhilf finden am 1., 15., 22. und 29. Dezember l. J. jedesmal von 10 Uhr an Verhandlungen statt.

Ein Handwagerl mit Obst gestohlen. Am Freitag den 19. d. M. um ½ 10 Uhr vormittags wurde dem Karl Freisinger, 5. Bez. Grüngasse 15, auf dem Naschmarkt ein Handwagerl mit dem darauf befindlichen Obst (Birnen, Weintrauben, Äpfeln, Citronen etc.) im Werte von 200 K gestohlen. Das Wagerl ist gestrichen, hat eine rote Stange, grüne Bretter und enthält die Anfangsbuchstaben des Besitzers (K.F.). Da der Betroffene ein sehr armer, kleiner Geschäftsmann ist, den der Verlust sehr schwer trifft, wird gebeten, irgendwelche Mitteilungen zu zustande bringen des gestohlenen Obstes dem Besitzer oder der Polizeidirektion zu erstatten.

x x x

Um freundliche Berücksichtigung dieser Notiz bittet die

Rathaus-Korrespondenz

Wiener Rathaus-Korrespondenz.
I. Wiener Rathaus. Tel. 21360.
Herausg. verantw. Redakteur: R. Fügl.
19. Jahr. Wien, Dienstag, 23. November 1909.

Der Budgetvoranschlag der Gemeinde Wien.

Der Stadtrat begann in der heute vormittags unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Dr. Porzer stattgefundenen Sitzung nach dem Referate des WR. Graben mit der Generaldebatte über den Budgetvoranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1910. An der Generaldebatte, welche in der Abendsitzung fortgesetzt wurde, beteiligten sich Bgm. Dr. Lueger, M. L. Hirschler u. die WR. Czyczerberger, Rissmann, Forst, Knoll, Brauneis, Schneider, Braun, Zatzka und Busch. Ein Antrag des WR. Zatzka, es seien bei allen vom Stadtbau, amte vorzulegenden Skizzen für Bauten gleichzeitig auch Skizzen des Grundrisses u. der Fassade vorzulegen, wurde angenommen.

Es wurde hierauf in die Spezialdebatte eingegangen u. zw. zunächst in die Beratung der Gruppe I „Verwaltung im Allgemeinen".

Bei der Ausgabe-Rubrik „Besoldungs- u. Belohnung der Amtslokalitäten" beantragte WR. Ruzicka, den Magistrat aufzufordern, derselbe habe Vorschläge zu erstatten, eine übermäßige Ausgabe bei diesen Posten zu ersparen, die bei der Besoldung u. Belohnung vielfach vorkommen, deriss vorgenommen wird. (Ang.)

Bei der Ausgabepost „Augenheilanstalt für städtische Bedienstete" beantragt WR. Lob, daß der Magistrat, falls die Frequenz der Anstalt eine geringere wäre, dem im letzten Berichte ausgesprochenen Wunsche über die Regulierung der Diäten etc. vorzubringen. (Ang.) WR. Grünbeck beantragt, daß der Bericht binnen 6 Monaten vorzubringen sei. (Dieser Antrag wird abgelehnt.)

Bei der Ausgabepost „Bauliche u. sonstige Herstellungen im Rathause" wünscht WR. Czyczerberger, daß den in letzter Zeit vielfach vorgekommenen Verletzungen der einzelnen Amtsdiener Einhalt getan werde.

Bei der Einnahmepost „Regiekostenbeiträge zu den Ausgaben für die Besorgung der Angelegenheiten der Arbeiter-Kranken- u. Unfallversorgung" beantragt der Referent, den Magistrat zu beauftragen, eine Revision dieser Beiträge vorzunehmen u. hierüber zu berichten. (Ang.)

Die Gruppe II „Unterrichtsanstalten" wurde unverändert angenommen.

Bei Gruppe III „Gemeindeanlagen", Einnahmepost „Ertrag der städtischen Steinbrüche" beantragt WR. Schneider, es wegen der Abfallprodukte aus den Steinbrüchen zu Kleinschlagpflaster verwendet werden. Über die Einführung dieser Pflasterungsart seien genaue Vorschläge zu erstatten. (Ang.)

Bei der Ausgabepost „Effektive Auslagen der Amts- u. Aufhebungsbäude" (K 294.240) beantragt WR. Schneider die Herabsetzung dieser Post, welche vom Magistrat um 48.000 K für die Renovierung der Fassade des alten Rathauses erhöht wurde u. spricht sich gegen die durchgeführte Renovierung der Fassade des alten Rathauses, welche selbstverständlich selten aber dringend, besorgen lassen mögen. — W. S. Porzer spricht sich für die Beibehaltung dieser 48.000 K aus, welche für notwendige bauliche Ausgestaltungen insbesondere wegen Formierung der Lokalitäten der Zentralsparkasse gewiß notwendig sein werden. — Referent beantragt hierauf, von dieser Post 40000 K zu streichen. (Ang.)

Bei der Ausgabepost „Ankauf von Realitäten" (K 482.880) beantragt WR. Grünbeck 100.000 K zu streichen. (Ang.)

Es wird hierauf das Schulbau-Provisorium beraten.

WR. Moessan beantragt die Einstellung eines Betrages für den Ankauf von Baugründen zu Arrondierung u. Schulbau im Bezirk zwecks Hintanhaltung der in der Behandlung stehenden Angelegenheit u. zw. von 317.000, bezw. 163.000 K. Der Referent beantragt die Ablehnung, wovon der Antrag Moessan abgelehnt wird.

WR. Kain schildert den schlechten Zustand der Schulen im 8. Bezirk insbesondere, da von 3 Schulen nur eine einzige von den Kindern zum Turnunterricht benützt werden muß u. beantragt als erste Rate einen Betrag von 100.000 K für den Bau einer Doppelvolks- u. Bürgerschule im 8. Bezirk in der Albertgasse einzustellen. — Dieser Antrag wird von den M. L. Dr. Neumayer u. Hirschler sowie WR. Schmermundstand befürwortet u. nachdem sich Referent angeschlossen hat, angenommen.

StR. Kurier beantragt, das Kultusministerium zu ersuchen, schleunigst mit dem Bau der Knabenvolksschule im 13. Bez. zu beginnen u. den Bau fertigzustellen, da die Gemeinde Wien mit Beginn des Schuljahres 1910/11 nicht mehr in der Lage ist, die bisher dem Staate zu Volksschulzwecken zur Verfügung gestellten Schullokalitäten weiter zu überlassen. (Ang.)

StR. Baumeister wünscht, daß wegen Errichtung eines Schulbaues, gelegen im nördlichen Teil des 14. Bezirkes bei der Gräfenhofer-straße rechtzeitig Umschau gehalten werde.

StR. Scharf beantragt die Einstellung desselben Betrages wie im Vorjahre für den Bau einer Doppel-Volksschule im südlichen Teil des 16. Bezirkes. (Wird abgelehnt.)

Bgm. Dr. Lueger beantragt, den Magistrat anzuweisen, wegen Erwerbung eines geeigneten Schulbauplatzes in diesem Bezirk Verhandlungen zu pflegen. (Ang.)

StR. Schneider lenkt die Aufmerksamkeit auf den Teil des 20. Bezirkes, wo Bedienstelen-Wohnhäuser für Bahn- u. Hauptzollamt, die sich erbaut worden sind, so daß für die daselbst wohnenden Kinder vorgesorgt werden müsse, daher zur Entlastung der dortigen Schulen nun einen neuen Schulbauplatz Umschau gehalten werden müsse. – StR. Kraster unterstützt diese Anregung.

Für die Errichtung eines Schulbaues zur Unterbringung des 11. Versuchsbereinigungsinspektorates für den 1. Bezirk u. eines Werkzeugdepots für den 9. Bezirk (Roßgasse 6) sind 130.000 K eingestellt. Referent beantragt die Genehmigung dieser Post, da noch kein Projekt vorliegt. Dieser Antrag wird genehmigt.

Die Post 300.000 K für den Bau eines Amtshauses im 1. Bez., Seitenstettengasse u. Ebendorferstraße wird nach dem Antrage des Referenten ebenfalls gestrichen.

Bei der Ausgabegruppe „Bau von Amtshäusern" wünscht StR. Kurier, daß der Bauausschuß die Vorlage der für den Bau eines Amtshauses für den 13. Bezirk bereits ausgearbeiteten Projekte verlange, damit der Antrag betreff der Platzfrage beschlossen werden könne.

Als Zuschuß an die städtische Hallenwagen-Unternehmung ist eine Post von 790.000 K eingestellt. StR. Ruzicka bespricht bei dieser Post die Hallenwagenfrage u. betont, daß es Aufgabe der Unternehmung sein soll, den Verkehr in der inneren Stadt auszugestalten u. daß neue Hallenwagenlinien nicht mehr ins Auge gefaßt werden sollten.

Um ½8 Uhr abends wird die Beratung abgebrochen u. auf morgen vertagt.